

Nicole Janigro

»Jugoslawismus« - Aufstieg und Niedergang eines Modells

1. Der aktuelle Stand: der Krieg.

»Auf Wiedersehen bis zum nächsten Krieg« - aus dem Titel eines berühmten jugoslawischen Films, der sich auf ironisch-»unbeschwerte« Weise über die Vergangenheit der kriegerischen Väter lustig machte, ist wieder eine tragische, sehr balkanische und *bedrückende* Feststellung geworden. Zur Zeit scheint es nämlich keine politischen Lösungen zu geben, die in der Lage wären, dem »jugoslawischen Labyrinth« wieder Frieden zu bescheren. Wie ein Fluch breitet sich der Krieg nach und nach über *alle* sechs ehemaligen jugoslawischen Republiken aus. Nicht einmal Bosnien-Herzegowina mit seinem extremen Völkergemisch - mehr als 40% Moslems, ca. 32% Serben und 17% Kroaten - konnte sich aus dem Konflikt heraushalten, obwohl Sarajewo traditionell - und noch zu Titos Zeiten - für einen gelungenen Ausgleich von Serben und Kroaten stand. Denn aus dem im Juni 1991 in Slowenien begonnenen, im Herbst auf Kroatien ausgeweiteten und mittlerweile auch den Süden überziehenden Krieg sind längst *viele* inner-jugoslawische Kriege geworden. Um sie zu unterscheiden, spricht man bereits vom »dritten Balkan-Krieg«. Vermutlich würde der Konflikt wirklich balkanische Dimensionen annehmen und sich über die ganze Region ausdehnen, sollten sich die Kriegstreiber entschließen, eine neue Front in Makedonien aufzumachen. In dieser Republik hat sich mittlerweile die albanische Minderheit - über 20% der Bevölkerung - für autonom erklärt und damit für erhebliche Verstimmungen zwischen der EG und Griechenland gesorgt; albanisch-makedonische Spannungen wiederum würden nicht ohne Auswirkungen auf das »serbisierte« Kosovo bleiben. Selbst Albanien steht den Ereignissen in der benachbarten »Provinz« nicht mehr gleichgültig gegenüber. Man weiß, daß die Amerikaner der neuen Regierung in Tirana versprochen haben, einer eventuellen »Wiedervereinigung« des albanischen Volkes nicht im Wege zu stehen. Unübersehbar ist jedoch auch die Präsenz der italienischen Marine vor der albanischen Küste. Und so weiter, und so fort: die ethnischen Verstrickungen im geopolitisch-kulturellen Raum des ehemaligen Jugoslawiens scheinen kein Ende zu nehmen und vor allem *un-entwirrbar* zu sein, während das internationale Interessenspiel immer un-

durchsichtiger wird. Auf dem Balkan aber hat sich noch keine »neue Ordnung« etabliert; die politischen Prozesse sind noch ebenso im Gange wie das militärische Kräftenessen; die Frage, die sich bei jeder taktischen oder strategischen Erwägung stellt, lautet in der Tat: »was wird aus Jugoslawien?«

Zweifellos ist der Augenblick jetzt nicht gerade günstig, um über Erfolg oder Versagen des jugoslawischen »Modells« nachzudenken. Im Inneren des Landes tut dies verständlicherweise niemand. Zu dramatisch und zu »heiß« ist die Realität, als daß sie aus gebührender Distanz analysiert werden könnte, zu sehr überwiegen nationalistische und andere Emotionen. So sind viele - auch Intellektuelle - dazu übergegangen, die Vergangenheit zu erforschen, nicht zuletzt in der Hoffnung, in ihr eine Erklärung für die Gegenwart zu finden. In den von den Zeitungen Sloweniens, Serbiens und Kroatiens veröffentlichten Tagebüchern und Memoiren, sowie in den neuen Geschichtshandbüchern für die Schulen wird der Akzent durchgängig auf die *Differenz* verlagert. Die verschiedenen Religionen, die vielen Sprachen, die vielfältigen kulturellen Einflüsse - habsburgische im Norden, byzantinische im Süden -, die kontrastierenden historischen Erfahrungen der Südslawen -: all das wird herangezogen, um den gegenwärtigen Krieg und die »nationalistischen Exzesse« zu erklären. Nach einem in allen ehemals sozialistischen Ländern üblichen Muster wird die jüngere Geschichte einfach »übersprungen«, vom »zweiten Jugoslawien« nach 1945 spricht man erst seit Beginn seiner »Auflösung«, die mit dem Verschwinden Titos 1980 einsetzte. Dafür verweilt man umso lieber und länger beim »ersten Jugoslawien«, dem zentralistischen, das nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns und des Ottomanischen Reichs 1918 gegründet wurde. Wer hingegen die Idee der *nationalen Hegemonie* ablehnt, betont die Analogien und Affinitäten, die historischen Ähnlichkeiten und die gemeinsamen Erinnerungen der Jugo-Slawen und verweist auf das mehr als vierzigjährige friedliche Zusammenleben. Zwischen diesen beiden Positionen gibt es keinen wirklichen Dialog; ob jemand sich zu den »Antijugoslawen« oder zu den »Philojugoslawen« zählt, hängt oft vom jeweiligen persönlichen Schicksal ab. Wer z. B. in einer gemischten Familie aufgewachsen ist oder als Kind von Diplomaten oder Militärs mit ständig wechselndem Wohnsitz oder sich in einer anderen Republik als seiner ursprünglichen niedergelassen hat, der wird sich schwerlich die »Ideale« separater Nationen zu eigen machen; er wird nicht akzeptieren, daß ein Teil des Landes nicht mehr seine »Heimat« sein soll. Und immer deutlicher wird der Bruch zwischen den »kosmopolitischen« Intellektuellen - die, wenn auch vorübergehend, das Ausland vorziehen und es nicht

ertragen können, ihr Land »schrumpfen« zu sehen - und den »nationalen«, die entschlossen (oder gezwungen) sind, ihren neuen Staat zu verteidigen. In »Briefe an Niemand. Zeugnisse und Dokumente des Krieges in Kroatien.« (Hefti edizioni, Milano, 1992), kann man verfolgen, wie die verschiedenen Äußerungen vom jeweiligen *Ort* abhängen, an dem sie verfaßt wurden. Wer Wochen in einem Schutzkeller verbracht hat, kann sich nicht vorstellen, von jemandem verstanden zu werden, der dank glücklicher Lebensumstände in der gleichen Zeit im Ausland unterrichtete. In der internen Debatte formieren sich mithin zwei Fronten, die sich vermutlich auch in der nächsten Zukunft gegenüberstehen werden.

Doch auch unter Gelehrten und Beobachtern begegnet man überaus schematischen Positionen, die das Jugoslawien Titos als »Gefängnis der Nationen« beschreiben und im serbo-kroatischen Krieg den Kampf des »Bolschewismus« gegen die »Demokratie« sehen (so etwa Johann Georg Reissmüller in »Der Krieg vor unserer Haustür«, Stuttgart, DVA 1992).

Das aber hat mit dem jugoslawischen »Modell« nichts zu tun. Leider ist man versucht zu sagen: wenn die historische Realität jener Föderation, jenes »übernationalen« Staates, diesem Schwarzweißschema entsprochen hätte, wäre es kein Problem, sie zu analysieren. Sie war aber - und sie ist nicht erst heute - überaus kompliziert, eben: *anders*. Sie war es zur Zeit des »real existierenden Sozialismus« und ist es unvorhergesehenerweise auch nach dem Wendejahr '89 geblieben, wo in ihr - zu einem Zeitpunkt, da aufgrund ihrer entwickelten Marktwirtschaft bereits über eine Aufnahme in der EG verhandelt wurde - ein Krieg entfesselt worden ist, der zum ersten Mal seit 1945 in Europa die Flugalarmsirenen aufheulen ließ und mehr als eine Million hungernder und verängstigter Menschen auf die Suche nach Schutzräumen trieb. Dasselbe Land, das zuvor positives »Modell« des Sozialismus war, erlebt heute den Übergang auf die denkbar dramatischste Weise, die ihrerseits zum Modell, zum negativen, versteht sich, für beileibe nicht nur innerethnische Konflikte unserer gemeinsamen Zukunft werden könnte.

Die Besonderheit des »jugoslawischen Falles«, die von vielen erst entdeckt wurde, als es das einzigartige Land nicht mehr gab, hat auch der Linken - zumindest in Italien - eine Menge Probleme bereitet. Trotz der geographischen Nähe, der Gewaltsamkeit der Kämpfe, der Tausenden von Toten, der Zerstörung vieler Städte, ist der jugoslawische Krieg nicht wirklich »populär«, nicht wirklich spürbar geworden. Die wenigen pazifistischen Initiativen taten sich schwer. Monatelang lähmte eine Spaltung in der Frage der »Anerkennung« und der »Selbstbestimmung« die ökopazifistische Bewegung. Vor allem aber fehlt auch den Pazifisten in diesem Krieg die Figur des *Feindes*. Sehr bald hatte man nämlich begriffen, daß

die Gleichung Kroaten/Faschisten und Serben/Kommunisten nicht brauchbar war. Auf wessen Seite sich also stellen? Zu originellen Analysen hat die Rückkehr des Krieges in Europa jedenfalls noch nicht geführt. Nach wie vor scheint die Wahrung des status quo - kategorischer Imperativ der Jahre des kalten Krieges, da man glaubte zu wissen, wer die »Guten« und die »Bösen« sind - der »konservativen« Linken als das kleinere Übel zu gelten. Gegen den Krieg *als solchen* mobil zu machen, scheint kein ausreichendes Ziel abzugeben.

2. Jugoslawien gestern: die Auflösung.

Es war einmal ein Land namens Jugoslawien ... So werden vielleicht die Erzählungen der heute Jungen an die nächsten Generationen beginnen. Für die Kinder, die den Krieg live oder per TV *sehen*, kommt es jetzt darauf an, daß ihnen das Wort »Jugoslawien«, das vielen Erwachsenen mittlerweile zum Fluch geworden ist, nicht entfährt. Und dabei glaubte ein Großteil der Gelehrten noch während der 80er Jahre, daß Jugoslawien eine »balkanische Schweiz«, eine »multiethnische Gemeinschaft« werden würde, in der nach mancher Auseinandersetzung sich schließlich die »Einheit der Verschiedenheit« durchsetzen würde. Doch schon die ersten Mehrparteienwahlen der Nachkriegszeit - in denen zur verfassungsgebenden Versammlung vom 11. November 1946 gab es nur noch eine einzige Liste - hatten einen Vorgeschmack dessen gegeben, was in den letzten Jahren geschehen sollte: eine streng auf ethnischer Basis »überwachte«, interne Differenzierung an der Spitze. Die Wahlen waren zwischen den einzelnen Republiken nicht synchronisiert worden. Im Gegenteil: zwischen den slowenischen und den serbischen (Dezember 1990) vergeht fast ein Jahr - Slowenien wird sich später als erstes Land vom Krieg »befreien«. Bei unterschiedlichen Wahlgesetzen - in Kroatien und Serbien werden Parteien mit relativen Mehrheiten begünstigt - fällt das Ergebnis bekanntlich 4:2 aus, d.h. in Slowenien, Kroatien, Makedonien und Bosnien-Herzegowina unterlag die alte Liga der Kommunisten (die sich mit neuem Namen vorstellte), einzig in Serbien und Montenegro bleiben die (Ex-)Kommunisten an der Macht. Allerdings hatten nur die wenigsten der zu Dutzenden angetretenen Parteien übernationale Ziele in ihre Programme aufgenommen. Zu den Ausnahmen zählte die Reformer-Liga, die trotz der mächtigen Unterstützung des damaligen Premiers Ante Markovich weitgehend im Verborgenen operieren mußte. Wie kamen die gegensätzlichen Ergebnisse in den »nordwestlichen« und den »östlichen« Republiken zustande? Einen ersten Hinweis liefert die Analyse der sozio-

ökonomischen Gegebenheiten. Für die Kommunen Serbiens läßt sich nämlich feststellen, daß die sozialistische Partei Serbiens (die von Slobodan Milosevic angeführten Ex-Kommunisten) umso erfolgreicher abschnitt, je weniger entwickelt die Region war, in der gewählt wurde. Spätere empirische Untersuchungen aus dem Jahr 1991 bestätigten diese Tendenz. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte sieht sich die Partei von einer *bäuerlichen* Mehrheit getragen, ohne großen Rückhalt bei den anderen Bevölkerungsschichten. Doch das Problem der strukturellen Unterentwicklung kann hier nur teilweise zur Erklärung herangezogen werden, auch weil sonst die Wahlergebnisse in Bosnien-Herzegowina und Makedonien - zwei traditionell zurückgebliebene Regionen, in denen die Kommunisten empfindliche Niederlagen erlitten - rätselhaft blieben.

Gewinner dieser ersten Mehrparteienwahlen in ganz Jugoslawien waren durchweg diejenigen, die ein »nationales Programm« vorzuweisen hatten. Sowohl in Serbien wie in Montenegro war die »Wende« innerhalb der kommunistischen Liga viel früher erfolgt als in den anderen Republiken. Bereits 1987 hatte Milosevic meetings organisiert und »sein« Volk zur »Wiedereroberung des Kossovo« aufgerufen. In den anderen Republiken waren hingegen neue Wählergemeinschaften den Ex-Kommunisten zuvor gekommen. »Auf jeden Fall überrascht die Geschwindigkeit, mit welcher die kommunistischen Parteien der jugoslawischen Republiken sich von Interessenvertretern der Arbeiterklasse zu Repräsentanten der eigenen Nation gewandelt haben ... Da das entstandene programmatische Vakuum durch die Übernahme von Institutionen und Werten der liberalen und pluralistischen Demokratie (Bürgerrechte, freie Wahlen, Gewaltenteilung, Eigentum, Unternehmertum) nicht vollständig aufgefüllt werden konnte, griff man auf die nationalistische Ideologie zurück. Die Wende vom Kommunismus zum Nationalismus wurde durch den Umstand erleichtert, daß beide Ideologien kollektivistischen Typs sind, mit einer geringeren »Distanz« zueinander als etwa zur Demokratie, die wesentlich auf das Individuum basiert. Daraus erhellt die Mühelosigkeit der programmatischen Übertragung von Begriffen wie 'Klasse', 'Klasseninteresse' und 'Klassenfeind' auf 'Nation', 'nationales Interesse' und 'Feind der Nation'.«

Diese Betrachtung stammt von dem Belgrader Politologen Vladimir Goati, der seit vielen Jahren die politische Struktur der jugoslawischen Gesellschaft untersucht. In *Die jugoslawische Wende. Vom Monismus zum Bürgerkrieg* (Belgrad 1991), vergleicht Goati die Wahlergebnisse mit denen anderer ehemals sozialistischer Länder und interpretiert sie im Kontext anderer Erkenntnisse der politischen Soziologie Jugoslawiens.

Der Übergang vom Kommunismus zum Nationalismus, dessen Problematik auch die Länder der ehemaligen Sowjetunion betrifft, ist das zur Zeit

am meisten diskutierte Thema des Umbaus Mittel- und Ost-Europas. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß schon bald nach den »unglaublichen« Ereignissen von '89 viele der scheinbar so neuen Elemente des »Bruchs« eine erstaunliche *Kontinuität* zu den vorausgegangenen Regimes offenbarten.

Zarko Puhovski, politischer Philosoph aus Zagreb, bemerkt hierzu in seiner Schrift »Die sozialistische Konstruktion der Wirklichkeit« (Zagreb 1990): »Der 'reale Sozialismus' war nur als *surrealistischer* möglich. Schon aus Prinzip scherte er sich nicht um die Realität seines Aktionsbereichs. Er war zwar in der Lage, die Vergangenheit und (vor allem) die Zukunft des eigenen Landes sowie alle für die Realität anderer Länder (und Systeme) relevanten Aspekte zu thematisieren, aber *seine* Wirklichkeit blieb reine Proklamation, Erfindung (weswegen man sie auch gar nicht zu analysieren brauchte). Ein hypertropher ideologischer Apparat (beispiellos in der Weltgeschichte) hatte demnach eine einzige Aufgabe: die Thematisierung der realen Verhältnisse zu verhindern und sie durch die Diskussion von Ideologemen zu ersetzen - paradigmatisch hierfür die »Arbeiter selbstverwaltung« -, die die wirklichen Probleme des täglichen Lebens verbergen sollten.« Puhovski zufolge ist der Nationalismus die »Reservelegitimation« solcher Systeme, weil er mit ihnen dieselbe surrealistische Struktur und Methodologie teilt. Dort wo dieser Rekurs nicht möglich war, wie in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), »ist das Regime über Nacht gestürzt«.

Daß auch die Opposition in den sozialistischen Gesellschaften sich nationalistisch artikulierte, hängt Puhowski zufolge mit dem für jene Systeme charakteristischen Verbot aller politischen Tätigkeiten außerhalb der offiziell zugelassenen zusammen. Vereinigungen auf nationaler Basis brauchen weder eine besondere Organisation noch ein bestimmtes Programm. Name, Vorname und Religion bilden, so Puhowski, *Konstanten*, die kein System auslöschen kann. »Bezeichnenderweise läßt sich dieser Trend nicht nur in multinationalen Völkergemeinschaften beobachten, sondern auch - wie etwa in Polen - in mononationalen ... Das fundamentale politische Merkmal nationalistischer Vereinigungen (auf außergesetzlicher, oppositioneller Ebene) ist ihre Latenz, insofern es ihnen gelingt, einer *latenten Homogenität* Form zu verleihen, einer nicht organisierten Gruppe, die allerdings, sobald es die veränderten Umstände erlauben, mit großer - für externe Beobachter gar »überraschender« - Geschwindigkeit zu einer durchorganisierten Aktion übergehen kann.«

Überaus anregend, um nicht zu sagen provozierend, ist die Analyse des Philosophen und Psychoanalytikers Slavoj Žižek. Seiner Meinung nach konnte der Nationalchauvinismus in Jugoslawien wie in ganz Osteuropa

wieder erstarren, weil er den Schock des plötzlichen Einbruchs des Kapitalismus »auffängt«. Darum, so Zizek, wird der *Gesellschaft* die *Gemeinschaft* entgegengesetzt. Für den »populistischen Nationalismus« war der Kommunismus ein *Fremdkörper*, so wie es jetzt der Kapitalismus ist. Was die neuen Eliten anstrebten sei eine kapitalistische *Gemeinschaft* ohne »zivile Gesellschaft, ohne formale Beziehungen zwischen den Individuen und ohne Entfremdung.«

Das Stimmenverhältnis bei den Wahlergebnissen spiegelte mithin das ethnische Puzzle der verschiedenen Republiken getreulich wider. Das Auseinanderbrechen des »universalen« Rahmens, der jahrzehntelang als Ideal des »Jugoslawischen Modells« gegolten hatte, hat viele dazu getrieben, ihr Heil unter der Flagge des jeweils einschlägigen Nationalismus zu suchen, was wiederum die Minderheiten »außer Haus«, wie etwa die Serben in Kroatien, veranlaßte, den Schutz der Zentralregierung anzufordern. Die serbische Frage wirft indessen besondere Probleme auf, die nicht allein unter dem Gesichtspunkt von Minderheitenrechten betrachtet werden dürfen. Die serbische Bevölkerung ist nämlich über den gesamten geographischen Raum des ehemaligen Jugoslawiens zerstreut - mit der einzigen Ausnahme Sloweniens. Vor allem aber wurde das historische Schicksal Serbiens seit jeher mit dem Jugoslawiens identifiziert. Die Interessen, die bei der Beurteilung der jugoslawischen Krise im Spiel sind, hängen weitgehend vom Standort des Beobachters ab: Ljubljana und Zagreb, aber auch Sarajewo und Skoplje sind nicht Belgrad.

Es mag heute müßig sein, dies festzustellen, aber als Mitte der achtziger Jahre die schwere Krise des Landes auch von offizieller Seite zugegeben wurde, war es eben die »serbische Frage«, die problematisch erschien.

Im Frühling 1989, wenige Monate nach dem Tod Titos, dem eine lange Agonie vorausgegangen war, explodiert aufs Neue die autonome Provinz Kossovo, deren letzte Revolte - im Namen einer »Republik Kossovo« - 1966 gewaltsam niedergeschlagen worden war. In der Zwischenzeit aber sind die Albaner, die schon nach dem zweiten Weltkrieg Serben und Montenegerinern gegenüber in der Mehrheit waren, auf nahezu 90% der Gesamtbevölkerung angewachsen. Und so waren die Albaner die ersten, die den mittlerweile inflationären Slogan vom »ethnisch sauberen« Territorium prägten, während sich immer mehr Serben marginalisiert fühlten und auswanderten.

Mit der Charta von 1974 gewinnen die sechs Republiken und zwei serbischen Provinzen Vojvodina und Kossovo neue Autonomien, einschließlich Stimm- und Vetorecht in den Organen der Föderation. Diese Verfassung ist bereits »konföderativ« angelegt, sie gründet auf dem Selbstbe-

stimmungsrecht der Völker, aus denen sich Jugoslawien zusammensetzt, und sieht sogar das Recht auf Abspaltung vor (nicht für die zwei Provinzen). Juristen und Politologen haben ganze Bücherwände über diese Konstruktion geschrieben. Einige - die den Begriff der »Veto-Demokratie« einführten - meinten, eben jene Verfassung trage die Schuld an der »Refeudalisierung« der Republiken. Der endgültige Text, der 1974 angenommen wurde, ist das Ergebnis eines langen und gewundenen Weges, der 1967 begann, als die ersten Berichtigungen an der Verfassung von 1963 vorgenommen wurden. Das waren Jahre großer Veränderungen. Von 1965 datiert die ökonomische Reform, die »weniger Staat und mehr Markt« durchsetzte, mit der sofortigen Folge von Arbeitslosigkeit und sozialen Mißständen. Dem studentischen Aufruhr von 1968, der sich auf Belgrad konzentrierte, folgte der slowenische »Straßenskandal« - Ljubliana will sich an Europa anschließen - und 1971 der »nationalistische Frühling« Kroatiens, der mit Festnahmen und Säuberungen unter den Zagreber Kommunisten erstickt wurde. Rückblickend läßt sich sagen, daß die Verfassung von 1974 der letzte schriftliche Vertrag zwischen den Republiken war, und der letzte große Vermittlungsversuch von Präsident Tito. Dieser hatte, besorgt um die möglichen Machtkämpfe nach seinem Ableben, das System der kollektiven Präsidentschaft der Föderation ersonnen, die einen jährlichen Wechsel des Staatschefs und damit der Nationalität vorsah und tatsächlich bis wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges das letzte »interjugoslawische« Organ blieb.

Durch die Verfassung von 1974, die den Republiken größere Machtbefugnisse einräumt, gerät Serbien in eine widersprüchliche Situation, da es in seinen beiden Provinzen nur mehr über eine »halbierte« Autorität verfügt. Dieser Umstand hat - zusammen mit den immer deutlicheren separatistischen Tendenzen Sloweniens - zu jenem Gefühl der »Bedrohung« geführt, das eine so große Rolle in der »Renaissance des serbischen Nationalismus« gespielt hat, und dessen äußerst geschickter Fürsprecher Slobodan Milosevic wurde. Im Krieg zwischen Serbien und Kroatien scheint Serbien die aggressivere Kraft zu sein - weil es die überlegenen Waffen hat - und die »expansionistische«, obwohl seine Politik einen stark defensiven Charakter trägt. Aufgrund seiner Rolle als jugoslawisches »Piemont«, seiner privilegierten Position in der Föderation - das serbische Element war in Heer wie Verwaltung Übergewichtig - sowie aufgrund seiner langen Tradition als »Zentralstaat« ist Serbien das Land, das sich am meisten um den Auseinanderfall der Föderation sorgt. Zu Beginn der achtziger Jahre, da die nichtendenwollende jugoslawische Krise sich als schlimmer ökonomischer Engpaß entpuppte, hätte allerdings niemand daran gedacht, daß die Krise zum Ende des »zweiten Jugoslawiens«

führen würde.

Was aber löste den qualitativen Sprung vom Ablösungsprozeß zum Krieg aus? Die »Persionen« der »demokratisierenden Auflösung«, von denen Pedro Ramet spricht, hat auch der italienische Soziologe des Nationalismus Daniele Petrosino analysiert. Seiner Auffassung nach hat es in Jugoslawien »einen Übergang von einem Bundesmodell auf Einparteienbasis zu einem Bundesmodell auf Mehrparteienbasis gegeben. Paradoxerweise aber ist diese - angesichts der Geschehnisse der siebziger Jahre und unter Berücksichtigung der multinationalen und polyzentrischen Realität der jugoslawischen Föderation - einzig mögliche Lösung zugleich diejenige, die aufgrund der Besonderheiten des Landes zur »Paralyse des politischen Systems« führen mußte (vgl. Daniele Petrosino, »La crisi del modello consociativo in Jugoslavia«, in Aa. Vv., *L'enigma jugoslavo*).

Die Kritik nahezu aller Bereiche des sozialen und kulturellen Lebens, die einher geht mit einer reformerischen Wut, die weder vor Schulbüchern noch vor der Nationalhymne halt macht, ist das vielleicht eklatanteste Indiz einer auch geistigen Misere und Desorientierung, die das Land seit dem Tod Titos befallen hat. Zum ersten Mal seit der Befreiung des Landes durchläuft die herrschende Klasse Jugoslawiens eine tiefe und dramatische Legitimitätskrise. Der auf einer stetigen dreißigjährigen Entwicklung gegründete »historische Optimismus« wird durch die ökonomische Krise abrupt unterbrochen. Es beginnt der Kampf gegen die Inflation, die gegen Ende des Jahrzehnts dreistellige Ausmaße annehmen und sogar die Tausend-Prozent Marke erreichen sollte. 1982 wird die Rationierung von Elektrizität und Benzin eingeführt, zum ersten Mal bilden sich die für die Staaten des sogenannten »realen Sozialismus« typischen Schlangen vor den Lebensmittelläden, und in Zagreb nehmen öffentliche Küchen ihren Ende der fünfziger Jahre eingestellten Betrieb wieder auf: Jugoslawien kehrt zur Armut der Nachkriegszeit zurück. Ein soziales Trauma, ausgelöst durch »beschleunigte Säkularisierung, ökonomischen Verfall, Wiederaufflackern eines exklusiven Nationalismus, Vertrauensverlust des politischen Systems«, das, wie Pedro Ramet bemerkt, seinen Niederschlag in der »apokalyptische Stimmung« findet, die für die literarische Kultur und die Rockmusik des Landes kennzeichnend ist. Auffälligstes Symptom der Infragestellung der führenden Klasse ist die Tendenz, »auf die Vergangenheit zu schießen« und die ganze Geschichte von der Nachkriegszeit bis heute neu zu schreiben. Das Pamphlet »Der politische Pluralismus und der Monismus« von Kostunica und Cavoski (Belgrad 1983), wird zum meistgefragten Buch jener Zeit.

Ihre These: die Kommunisten hätten 1945 die Macht mit »List und Gewalt an sich gerissen«. Der »Wahrheitsrausch« erfaßt die entscheidende Phase von 1948 - Stalinismus, die Einführung der Selbstverwaltung, die Beziehungen zwischen Tito und Stalin - ebenso wie das Jahr '68 mit dem anderen Tabu-Thema. Der »Revisionismus« jedoch, die Sichtung und Neubewertung der historischen Vergangenheit, erweist sich nur teilweise als befreiend. Die »schwarze Welle« der Veröffentlichung von Romanen und Berichten politischer Gefangener und Verfolgter des Jahres 1948 trägt ebenso wie deren Verfilmung zu einer Entmythisierung der Gestalt Titos bei und unterspült die noch intakte »rosafarbene« Welt des jugoslawischen Selbstverständnisses. Plötzlich entdecken die Jugoslawen, daß sie genauso sind, wie sie der Regisseur Boro Draskovic in seinem an die Tradition des Grand Guignol anknüpfenden (und 1985 in Venedig vorgestellten) Film »Das Leben ist schön« zeigt, nämlich »schmierig, häßlich und böseartig«. Die Selbstzerstörungstendenzen werden nun immer stärker zunehmen und nicht auf die kulturelle Sphäre beschränkt bleiben. Auch die »merkwürdige« Logik des Krieges, die Häuser und Besitz aller Jugoslawen vernichtet, trägt selbstzerstörerische Züge, und zwar selbst auf Seiten des Militärs - in dessen Reihen es zahlreiche Selbstmorde gegeben hat -, die es etwa vorziehen, die eigenen Munitionsdepots mitsamt Soldaten in die Luft zu jagen, als die Waffen dem »Feind« zu überlassen.

Das herausragende politische Ereignis der achtziger Jahre indes findet auf sozialem Terrain statt. Es handelt sich um die immer zahlreicher werdenden Streiks der Arbeiter, die sich in den Jahren 1987 und 1988 unter anderem auch auf den Dienstleistungssektor ausweiten und mit 380.000 Teilnehmern bei insgesamt 1570 Streiks 1987 einen Höhepunkt erreichen. Gestreikt wurde in Bergwerken, Krankenhäusern und Theatern, unter Politikern und Tänzerinnen, massenhaft und im *ganzen* Land. Doch trotz des massiven Charakters der Proteste - wobei es in 91% der Fälle um finanzielle Forderungen geht - bleibt die soziale Frage in der Schwebe, verursacht zwar Spannungen und Zusammenstöße mit Fabrikdirektoren und den unzähligen Repräsentanten der selbstverwalteten Unternehmen, wird aber nicht politisch. Die ökonomische und politische Dezentrierung, die tausende selbstverwaltete Institute und Organe, der Wust an Gesetzen, die Partizipation erschweren oder problematisch machen, die wachsende »republikanische« Aufteilung der kommunistischen Liga, das geringe Vertrauen in die offizielle Gewerkschaft - all das hat zur Desorganisation und Atomisierung der Arbeiterklasse geführt. Die Arbeiter sind gleichermaßen objektiv und subjektiv gespalten. Das System der »selbstverwalteten Abkommen«, das mit dem Gesetz zur Gemeinschaftsarbeit 1976 eingeführt wurde, hat viele unerwünschte Auswirkungen gehabt, darunter ex-

treme Lohnschwankungen, die z.B. in Kroatien je nach Sektor um das 15fache für dieselbe Aufgabe abwichen. Im Laufe der achtziger Jahre verfestigt sich der regionale Hiatus immer mehr: je südlicher der Standort, desto dramatischer der Überlebenskampf. Die Streikwelle hinterläßt einen psychologischen Schock, doch an den wirtschaftlichen Verhältnissen ändert sie nichts. Das Ohnmachtsgefühl wächst besonders bei den »Technikern«, die Repression des Apparates läßt nicht auf sich warten: wer sich an Streiks beteiligt, wird oftmals entlassen. Allmählich aber unaufhaltsam wird die nationale Zugehörigkeit - an der Basis wie an der Spitze - zum tiefstempfundenen Recht.

Die Begeisterung für nationale Helden, die Suche nach sprachlicher Reinheit, die Bevorzugung von allem, was *nahe* ist und das Mißtrauen gegenüber allem Fernen erinnern an die kämpferischen Traditionen jener Zeit, da für die Völker der Balkan Halbinsel das Ideal von Freiheit und Unabhängigkeit synonym war mit dem Recht auf eine lokale Regierung. Für den Mann von der Straße, der in den wenigen Jahren nach Tito alle Mythen und Orientierungen hat zusammenbrechen sehen, scheint das Nationalgefühl das einzig sichere Element seiner Identität zu sein. Auf höchster Ebene sich zu einigen wird immer schwieriger, die Republiken trachten danach, so wenig wie nur möglich miteinander zu tun zu haben: dem ökonomischen entspricht ein politischer Nationalismus. Die Föderation funktioniert also bereits wie eine Konföderation. Aber noch ist Jugoslawien ein Rahmen zur Wahrung unterschiedlicher Interessen. Auf die Frage: »Was wird in Zukunft aus Jugoslawien?« gab es anläßlich einer bei Bürgern aus allen Teilen des Landes durchgeführten Erhebung 1990 noch gemischte Antworten. 39,1% der Befragten waren der Auffassung, daß Jugoslawien so oder so, ob als Konföderation oder infolge der Abspaltung einiger seiner Teile nicht mehr in der alten Form bestehen wird. Kaum weniger, nämlich 38,6% äußerten sich zuversichtlich, daß sich der status quo nicht ändern würde, selbst wenn die Dezentralisierung der Föderation weiter voranginge. Der Übergang zu einer Mehrheit für die separatistische Option, wie sie sich in den Volksentscheiden über die Souveränität der jeweiligen Republiken artikuliert, sollte sich in etwas mehr als einem Jahr vollziehen, also ähnlich rasch wie der Übergang vom sozialen zum nationalen Programm.

3. Das alte Jugoslawien: Wirklichkeit oder Fiktion?

Ein »Kartenhaus«, eine »verhexte Kreatur«, eine »europäische Erfindung«: das sind nur einige der gängigen Ausdrücke, mit denen im ehemaligen

Jugoslawien (aber auch außerhalb) »das Land, das es nicht gibt« belegt wurde. Wie wir bereits anmerkten, sind die Erklärungen, die man für das Verschwinden eines Staates gefunden hat, das in mancherlei (auch theoretischer) Hinsicht die Ausnahme von der Regel zu sein schien, fast alle tendenziös. Die Analytiker der »neuen sozialen Formationen« (Andrew Arato) im Osten Europas verwenden nur für Jugoslawien den Begriff des »nationalen Kommunismus«. In der Föderation der sechs Republiken und zwei autonomen Provinzen wurde der nationale Faktor nicht unterdrückt - jedenfalls nicht auf die Weise, in der dies in der ehemaligen »multinationalen« und »sozialistischen« UdSSR geschah. Natürlich war das Gleichgewicht der Föderation von Anfang an durch die verschiedenen nationalen Temperamente äußerst gefährdet; von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mußte es stets aufs Neue durch unermüdliche Vermittlungsarbeit stabilisiert werden, wobei der charismatischen Figur Titos eine zentrale Rolle zukam. Aber an einem interjugoslawischen Abkommen waren lange Zeit alle (oder fast alle) beteiligten Parteien interessiert. Der - trotz der offiziellen Übertreibungen unbestreitbare - soziale und ökonomische Fortschritt; eine selbstverwaltete Dezentralisierung, die viele lokale Autonomien garantierte; eine kommunistische Partei, die zwar allgegenwärtig, aber (vor allem wegen ihrer multiethnischen Zusammensetzung) ziemlich pluralistisch war - das waren formende und kontinuierstiftende innere Kräfte.

Die Legitimitätsbasis der kommunistischen Liga Jugoslawiens war mit anderen Worten weitaus realer als die der anderen kommunistischen Parteien in den Ländern der sogenannten »Volksdemokratien«. Zugleich unterhielt Jugoslawien sehr enge Beziehungen zum Ausland, obwohl es auch von der Festschreibung des status quo in Jalta »blockiert« wurde. Die Ost-West-Spaltung wirkte sich auf den für Europa, die USA und die UdSSR geostrategisch so wichtigen Staat des Balkans in einer besonderen politischen und ökonomischen »Aufmerksamkeit« aus.

In diesem Sinne kann man vielleicht denjenigen zustimmen, die heute rückblickend vom jugoslawischen »Privileg« sprechen. Als einziges weder im Warschauer Pakt noch in der NATO organisiertes Land (die isolierte Position Albaniens war von ganz anderer Qualität) spielte Jugoslawien eine besondere Rolle als Führer der blockfreien Staaten. In seinen besten Jahren waren in Belgrad hunderte von Journalisten akkreditiert, trafen sich Diplomaten aus aller Welt in der jugoslawischen Hauptstadt. In vielen kritischen Augenblicken - man denke nur an Budapest 1956 - war die Vermittlungskunst der jugoslawischen Regierung gefragt. Sogar nach dem Tode Titos, als die Blockfreiheit zusehends problematischer wurde, fuhr Jugoslawien fort, zentraler Bezugspunkt für das Gleichgewicht auf dem

Balkan zu sein - wo es mit den bilateralen Beziehungen seit jeher nicht zum besten stand. Die jugoslawische Bedeutung auf der internationalen Bühne stärkte den inneren Zusammenhalt, ja trug in erheblichen Maße zu dessen Stabilität bei. Weit verbreitet ist das Bewußtsein, daß die verschiedenen jugoslawischen Völker nur *vereint* für ihre Verteidigung und ihre Entwicklung sorgen könnten. Ein anderer mächtiger Faktor für den inneren Zusammenhalt war naturgemäß der *äußere* Feind. Seit dem Bruch mit Stalin 1948 waren viele Jahre lang die Angst vor einer sowjetischen Invasion und damit das Gefühl, von zwei Seiten belagert zu werden, nicht unbegründet. Das gab einem »nationalen Patriotismus« Auftrieb, der seitdem zu einer Art jugoslawischem »gesunden Menschenverstand« wurde, den man auch bei Leuten antraf, die weder die Ideologie noch die Ideale des »selbstverwalteten Kommunismus« teilten - so wie in den Filmen des Bosniers Emir Kusturica alle, Serben, Moslems, Kommunisten die jugoslawische Nationalmannschaft anfeuern und zu weinen anfangen, wenn sie die Nationalhymne hören. Zum ersten Mal wurde unter Beachtung der sprachlichen, religiösen und kulturellen Differenzen ein friedliches Zusammenleben praktiziert - in einem von der Geschichte geteilten, von den Kriegen verwüsteten Land (die im zweiten Weltkrieg erlittenen Zerstörungen kommen dem aus Polen und der Sowjetunion bekannten Ausmaß sehr nahe). So schien der »Jugoslawismus«, das historische Ideal verschiedener Nationalitäten, Wirklichkeit zu werden. Das geht so weit, daß bei der Volkszählung von 1981 anderthalb Millionen Bürger darauf verzichteten, ihre Nationalität anzugeben, um sich »Jugoslawen« zu nennen. Aber genau in dem Moment, da die supranationale Struktur auch nach dem Tod Titos zu halten scheint - im Frühling 1981 war das Militär im Kosovo einmarschiert und mit Beifall begrüßt worden (man hielt es für überparteilich) -, beginnt eine Krise, für die es weder eine Lösung noch ein Ende mehr geben sollte. Immer schwerer fällt der Partei ihre Rolle des Interessensausgleich zwischen den »selbstverwalteten Nationalhoheiten«, der brüske Stillstand der ökonomischen Entwicklung mischt die Karten der vielfältigen Bündnisse neu, das System, das die vielen ethnischen Gruppierungen differenzierte, wird in Frage gestellt. »Wir halten aus Not zusammen, um nicht zu sagen aus Angst«, bemerkte der Zagreber Politologe Jovan Miric anläßlich des Auseinanderfallens der politischen Union.

Was nach 1989 in Jugoslawien passiert, hängt enger mit den Ereignissen in den anderen osteuropäischen Staaten zusammen, als es zunächst den Anschein hat. So findet die »Wende« in der kommunistischen Liga Kroatiens in den Tagen von Ceauscescus Fall statt. Vor allem entfallen die *äußeren* Gründe, die das Land einten. Erst jetzt werden die »separatisti-

schen« Forderungen Kroatiens und Sloweniens historisch möglich. Zum »Sezessionismus« geht auch Serbien über, das nicht länger gewillt zu sein scheint, für ganz Jugoslawien einzustehen. Und von einer neuen Interpretation der Landesgeschichte, die Serbien »geschadet« habe, nimmt der wiedererstandene serbische Nationalismus seinen Ausgang, als dessen theoretische Basis man ein Dokument der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften vermuten darf. Im jugoslawischen Nationalstaat scheinen die politischen Eliten der einzelnen Republiken nicht mehr das geringste Interesse an einem Zusammenbleiben zu haben.

Der innerjugoslawische Konflikt - ein Krieg zwischen vielen Streitmächten, zuweilen auch zwischen neugegründeten Staaten, der Haus um Haus und Dorf um Dorf geführt wird und mithin auf tragische Weise ein Bürgerkrieg ist - hat das Wort »Jugoslawien« unaussprechbar gemacht. Sich jugoslawisch zu nennen, heißt heute »neutral« zu bleiben, sich auf keine Seite der kämpfenden Parteien zu schlagen. Doch trotz des Krieges ist die tiefe wechselseitige Abhängigkeit zwischen den einzelnen Teilen des Landes - Slowenien einmal ausgenommen - unvermindert. Das gilt wirtschaftlich - die ehemals jugoslawischen Rüstungsfabriken stellen immer noch Panzer für den Export her! - ebenso wie kulturell und psychologisch. Die Debatte serbo-kroatischer Intellektueller, die heute im Ausland und über weite Distanzen geführt wird, scheint dazu verurteilt zu sein, eines Tages am runden Tisch fortgeführt zu werden. Die ökonomischen Beziehungen, die sich zwischen Serbien und Slowenien wieder zu normalisieren beginnen, werden wieder aufgenommen werden, Handel und Verkehr ebenso. Schwierig hingegen gestalten sich bis zum Augenblick die Versuche oppositioneller - pazifistischer, feministischer, ökologischer, liberal-demokratischer - Kräfte, übernationale Beziehungen aufrechtzuerhalten. Jeder Kontakt wird des »Verrats an der Nation« verdächtigt, schon vor den Wahlen war es der demokratisch-reformerischen Opposition nicht gelungen, eine Liste für das ganze Land durchzusetzen. Auch der demokratischen Opposition zum jugoslawischen Sozialismus blieb die dramatische Identitätskrise nicht erspart. Ihrer Flaggen und Programme beraubt, wird die linke Opposition gegen die Kriegstreiber Tudjman und Milosevic von der rechten »überholt« - was in Kroatien im Zusammenhang mit der Frage der Bürgerrechte erfolgte. Eine der letzten Zusammenkünfte der jugoslawischen Opposition findet September 1991 in Genf statt, während in Kroatien bereits der Krieg tobt. Die Vertreter fast der Hälfte aller jugoslawischen Stimmberechtigten schlagen vor, die Souveränität aller Republiken in den gegenwärtigen Grenzen anzuerkennen, jedoch mit der Auflage, einen gemeinsamen jugoslawischen kulturellen und ökonomischen

Raum unter Aufsicht der Europäischen Gemeinschaft beizubehalten, mit weitgehenden föderalen Garantien für die territoriale Autonomie der neuen Staaten.

Für die Völker im geopolitischen Raum des ehemaligen Jugoslawiens ist die nationale Frage nichts Neues. Die Idee des »Jugoslawismus« kam nach über einem Jahrhundert gemeinsamer Überlegungen in der historisch von den europäischen Mächten aufgeteilten Balkanregion auf. Die Historiker sind sich darin einig, daß es innerhalb Jugoslawiens hauptsächlich zwei Konfrontationslinien gab. Serbien erreichte die Anerkennung seiner Unabhängigkeit (Berliner Abkommen von 1878) dank einer staatlichen Tradition, die es schon im Mittelalter zur »Vereinigung« vieler Populationen in einem Reich befähigte.

Die serbische Tradition ist also seit jeher die des Einheitsstaates gewesen. Auch aus diesem Grund fällt es heute in Serbien schwer, die politischen Ziele der anderen jugoslawischen Republiken zu verstehen. Die Geschichte der anderen regionalen Gemeinschaften verläuft hingegen ganz anders. In Kroatien z.B. tendieren zunächst der Illyrismus und später der Jugoslawismus zur Bildung eines übernationalen Staates, weil der Schutz gegen die Großmächte verbessert, eine Autonomie der »kleinen Nationen« erreicht werden konnte. »Unitaristische« und »separatistische« Tendenzen markieren die Geschichte des ersten und des zweiten Jugoslawien. Manche sprechen sogar von einer »politischen Komplementarität« von Serben und Kroaten, und zwar sowohl unter »ethnogenetischen« als auch unter »realpolitischen« Gesichtspunkten. In dem 1918 ausgerufenen »Reich der Serben, der Kroaten und der Slowenen« überwiegt - zumindest bis zum serbo-kroatischen Abkommen von 1939 - der autoritäre Zentralismus Serbiens. Die Kontinuität seines militärisch-bürokratischen Apparats setzt sich auch in das Jugoslawien Titos bis in die sechziger Jahre fort. Innerhalb der kommunistischen Partei erfährt die »Nationale Frage« Schwankungen und Modifizierungen. In der Anfangsphase des Befreiungskrieges, im Dezember 1944 hatte Tito erklärt: »Das Wort Befreiungskampf des Volkes wäre nichts als eine Phrase, um nicht zu sagen ein Betrug, wenn es außer der Befreiung Jugoslawiens nicht zugleich die Befreiung der Kroaten, der Slowenen, der Serben, der Makedonier, der Albaner, der Moslems etc. und darüberhinaus Freiheit, gleiche Rechte und Brüderlichkeit für alle Völker Jugoslawiens bedeuten würde«. Die Ideale der »Brüderlichkeit und Einheit« sollten in der Nachkriegszeit zu grundlegenden Bestandteilen der offiziellen Ideologier werden - nach ihnen wurde sogar die Autobahn zwischen Zagreb und Belgrad genannt, auf der jetzt gekämpft wird. Und um diesen Idealen Glaubwürdigkeit zu verleihen, wird Tito als erster daran gehen, die ethnischen Gegensätze zu reduzieren

und die Toten des kroatisch-serbisch-moslemischen Bürgerkrieges verschweigen, der *parallel* zum Befreiungskampf tobte. Nach 1989 haben einzig die Slowenen versucht, die Trauer für alle Toten des Zweiten Weltkrieges und für diejenigen, die während des kommunistischen Regimes verschwunden sind, aufzuarbeiten. In Ljubljana wurden keine Monumente errichtet, aber zivile und religiöse Autoritäten feierten mit einer Zeremonie den Tag der »nationalen Wiederversöhnung«.

4. Die jugoslawischen Nationalismen: back to the future

Gegen Ende des Jahrhunderts bietet das »ethnische Revival« ein immer diffuseres Bild, während der Nationalismus überall an Attraktivität gewinnt, sogar, wie man in Los Angeles gesehen hat, für soziale Revolten. Am wenigsten beliebt ist das Phänomen bei Gelehrten marxistischer oder liberaler Provenienz, die dazu neigen, es als »Relikt der Vergangenheit«, als etwas für »Zurückgebliebene«, das mit »Unterentwicklung« zusammenhängt. Einschlägig sind hier die Positionen von Eric Hobsbawm, der den gegenwärtigen Nationalismus für ein Phänomen des neunzehnten Jahrhunderts hält, oder von Ralf Dahrendorf. Demgegenüber scheinen Etienne Balibar und Immanuel Wallerstein in ihrem Dialog über »Rasse-Klasse-Nation« eher bereit, Analysen und Theorien zu kombinieren.

Während der »jugoslawische Fall« in allen Büchern vertreten ist, die sich mit der Geschichte des Nationalismus beschäftigen, ist es nicht leicht, von bedeutenden Wissenschaftlern etwas über die gegenwärtigen Probleme geschrieben zu finden. In einem Interview mit dem »Corriere della Sera« (6.1.92) sagte Eric Hobsbawm, daß »ein Experte in Sachen Nationalismus, der dazu aufgerufen worden wäre, vorherzusagen, wo auf dem Balkan die größten Spannungen ausbrechen würden, mit Sicherheit gesagt hätte: in Makedonien. Dort gibt es seit Jahrhunderten - vor und nach dem Ottomanischen Reich - extreme irredentistische Reibungen. Stattdessen erleben wir tragische Kämpfe in Kroatien und Serbien, zwei Ländern mit einer weniger belasteten Vergangenheit.«

Um die »fatale Anziehungskraft«, die der Nationalismus auf sehr verschiedene Populationen und Ethnien - im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen - heute ausübt, besser zu verstehen, sind m.E. vor allem jene Analysen nützlich, die den Nationalismus als Produkt unserer Modernität ins Licht rücken, z.B. von Ernest Gellner und von seinem Schüler Anthony Smith. Ihrer Auffassung nach sind es gerade die Elemente einer kulturellen Vermittlung des Konflikts - der jugoslawische Krieg beginnt als »Krieg der Nachrichten«, »Krieg der Medien« -, die Rolle, die die lo-

kale Intelligenz jeweils gespielt hat, die aus den vielen jugoslawischen Nationalismen ein spezifisch *zeitgenössisches* Phänomen machen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Analyse des Schriftstellers und Literaturkritikers Markus Gauss, der in den »Regionalismen« und ihren Exzessen das andere Gesicht des »Großen Europa« sieht. Die Rückkehr zur Vergangenheit wird vom Heute aus instrumentiert, anders gesagt »die Vergangenheit wird politisiert und die Gegenwart historisiert« (Vesna Pusic). Das mehr oder minder manipulierte historische Gedächtnis, die mehr oder weniger weit zurückreichende persönliche und familiäre Erinnerung werden herangezogen, um die Gegenwart zu erklären. Um sich in Ljubljana, Zagreb oder Sarajewo umzubringen, gibt es aus heutiger sicht keine hinreichenden Gründe. Man muß sie in der Vergangenheit suchen, bei den Massakern der Kroaten an den Serben, der Serben an den Moslems während des Zweiten Weltkriegs, ja man muß die *Ursachen* bis ins Mittelalter, bis vor Christi Geburt zurückverfolgen.

Während des Zweiten Weltkriegs jedoch stellte sich der ethnische Konflikt in Jugoslawien in der Form eines politischen und ideologischen Kampfes dar - zwischen Partisanen und deutschfreundlichen »Tchetniks«, zwischen »Ustascha«-Verbänden und (serbischen) Partisanen, etc. Jetzt wird diese Front künstlich wiederbelebt. Natürlich gibt es zwischen den Regimes von Tadjman in Zagreb und Milosevic in Belgrad Differenzen. Aber es wäre maßlos übertrieben, wollte man hierbei von einem Zusammenstoß der Systeme, etwa von »Demokratie« und »Bolschewismus« reden. Die Selbstdarstellung der öffentlichen Meinung scheint nur in Kroatien den gewünschten Erfolg gehabt zu haben, wo die meisten Leute tatsächlich überzeugt sind, gegen »Bolschewisten« zu kämpfen. Das alles aber geschieht *post festum*, um den ethnischen Streit zu rechtfertigen. Immer wird in den politischen Programmen und im Bewußtsein der Menschen etwas *anderes* hinzugefügt, um den ethnischen Konflikt, der allein keinen ausreichenden Grund zu liefern scheint, zu motivieren. In Jugoslawien sind die ethnischen Differenzen immer weniger »sichtbar« und evident geworden. Der Krieg hat sie in fundamentale und vitale Identitäten *verwandelt*.

Literatur

Aa.Vv., 1982: *Political Legitimation in Communist States*, London.

Aa.Vv., 1991: *Jugoslawien: ein Staat zerfällt*, Hamburg.

Aa.Vv., 1989: *L'enigma jugoslavo. Le ragioni della crisi*, Milano.

Ivo Banac, 1984: *The National Question in Yugoslavia. Origins. History. Politics*. Ithaca

and London.

- Bilandzic, Dusan 1985: *La storia della Sfrj. I processi principali 1918-1985*, Zagreb.
 Gauss, Karl Markus 1991: *Die Vernichtung Mitteleuropas*, Klagenfurt-Salzburg.
 Goati, Vladimir 1983: *La svolta jugoslava. Dal monismo alla guerra civile*, Beograd.
 Kostunica, Vladimir 1983: *Kosta Cavoski, Il pluralismos partitico e il monismo*, Beograd.
 Matvejevic, Predrag 1982: *Jugoslavismo oggi*, Zagreb.
 Miric, Jovan 1980: *I gruppi di interesse e il potere politico*, Zagreb.
 Puhovski, Zarko 1980: *La costruzione socialista della realtà*, Zagreb.
 Pusic, Vesna 1992: *Dominatori e governatori*, Zagreb.
 Ramet, Pedro 1985: *Yugoslavia in the 1980s*, Boulder and London.
 Rupnik, Jacques 1988: *The other Europe*, London.
 Singleton, Fred 1985: *A short History of the Yugoslav People*, Cambridge.
 Smith, Anthony D. 1971: *Theories of Nationalism*, London.
 Zupanov, Josip 1983: *Marginalia sulla crisi sociale*, Zagreb.
 West, Rebecca 1942: *The black Lamb and the grey Falcon*, London.

Übersetzung aus dem Italienischen: Daniele Dell'Agli

PROKLA 88: Chaos, Selbstorganisation u. Gesellschaft Juni 1992

Die kritische Sozialwissenschaft stand naturwissenschaftlichen Metaphern bislang skeptisch gegenüber. Zu häufig dienten sie der Stabilisierung bestehender sozialer Verhältnisse. Zu kurz war der Schritt von der organizistischen Staatsauffassung zur Legitimation totaler Herrschaft. Zu leicht wurde aus der 'Dialektik der Natur' eine naturgeschichtliche Legitimation der leninistischen Staatspartei. Eine neue Generation der Naturphilosophie operiert nun aber mit Begriffen, die nicht mehr umstandslos in das alte ideologiekritische Muster passen. Sie redet nicht von Harmonie, Gleichgewicht und zentraler Lenkung, sondern von katastrophischen Einbrüchen, chaotischen Prozessen und den Chancen einer spontanen Selbstorganisation. Ist das Vordringen dieser Metaphorik in die Gesellschaftstheorie ein Zeichen dafür, daß der starre Dualismus zwischen Natur und Gesellschaft eingebrochen ist? Eröffnet sie neue Erkenntnischancen, und läßt sie sich sozialwissenschaftlich verallgemeinern? Kehrt im naturalistischen Vokabular der jüngeren Systemtheorie das von der traditionellen Sozialwissenschaft verdrängte Verhältnis der Menschen zur Natur zurück? Oder aber bedeutet der analogisierende Rückgriff auf Naturphänomene einen Verlust an gesellschaftlichen Utopien, eine 'Naturalisierung' der politischen Phantasie? Fließen in die Metaphern des 'Chaos' und der 'Selbstorganisation' bereits soziale Anschauungen ein, deren latente politische Botschaften einer genaueren Untersuchung bedürfen?